

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 06.09.2016**

um 17:05 Uhr bis 20:00 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Sill

Stellvertretender Vorsitz

Herr David Schichel

Ratsmitglieder

Herr Fritz Beinersdorf

für Frau Neff-Wetzel

Frau Christine Krupp

Herr Thorsten Michael Pohl

Herr Alexander Schmidt

Herr Norbert Schmitz

Sachkundige Bürger/innen

Frau Erika Acker

Herr Josef Peter Hilger

Frau Corinna Hindrichs

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Regina Seewald

für Herrn Plasberg

Herr Arno Voss

Frau Ursula Wilberg

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Ursula Durach

vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Annette Potthoff

bis 19.30 Uhr

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

von der Verwaltung

Herr Reinhard Dietl

Herr Domingo Estrany Dreßler

Herr Johannes Günther

Herr Dr. Frank Neveling

Schriftführer/in

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Herr Lothar Krebs

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 03.05.2016 |
| 3 | | Schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft |
| 3.1 | | Vorstellung des schlüssigen Konzeptes zur Festlegung der angemessenen Kosten der Unterkunft für TransferleistungsempfängerInnen durch Herrn Strege vom Unternehmen Analyse & Konzepte, Hamburg |
| 3.2 | 15/2494 | Eine unendliche Geschichte? – Wo bleibt das lange angekündigte „Schlüssige Konzept“ für die Kosten der Unterkunft?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.05.2016 |
| 3.3 | 15/2646 | Neufestsetzung angemessener Kosten der Unterkunft für Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger der Rechtskreise SGB II und SGB XII - Vorlage und Vorstellung des Abschlussberichtes zum schlüssigen Konzept von Analyse & Konzepte |
| 4 | | Vorstellung der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Zentrums (SPZ) durch Herrn Vögeli |
| 5 | | Berichte aus den Beiräten |
| 6 | | Themenschwerpunkt Arbeit |
| 6.1 | 15/2388 | Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016 |
| 6.1.1 | 15/2728 | Sozialmonitoring um Aspekte ergänzen - Antrag der Fraktion Die Linke |
| 6.2 | 15/2498 | Zielvereinbarung 2016 zwischen dem Jobcenter Remscheid, der Agentur für Arbeit Solingen - Wuppertal und der Stadt Remscheid |
| 7 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 15/2468 | Präventionsprogramm "Jedem Kind alle Chancen" |
| 8.2 | 15/2578 | Managementplanung 1. Quartal 2016 |
| 8.3 | | Praxis ohne Grenzen - Mitteilung von Herrn Dr. Neveling |
| 9 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 10 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |

- 11** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 11.1** 15/2702 Projektförderung - Hilfen in Wohnungsnotfällen - Antrag der SPD-Fraktion
- 12** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 12.1** Sachstand Remscheider Tafel - Anfrage von Herrn Beinersdorf
- 12.2** Alleestr. 64 - Anfrage von Herrn Beinersdorf
- 12.3** Sachstand Beirat Sana-Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der stellvertretende sachkundige Bürger Jonathan Brützel verpflichtet.

Zur Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, die Punkte 3.1 und 3.2 zu tauschen, da die Ausführungen von Herrn Strege schon einige der Fragen beantworten würden.

Des Weiteren ist die als Nachtrag verschickte Drucksache 15/2728 - Sozialmonitoring um Aspekte ergänzen - Antrag der Fraktion Die Linke – in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Sill lässt über die Änderung/Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 3.1 - Eine unendliche Geschichte? – Wo bleibt das lange angekündigte „Schlüssige Konzept“ für die Kosten der Unterkunft?

und 3.2 - Vorstellung des schlüssigen Konzeptes zur Festlegung der angemessenen Kosten der Unterkunft für TransferleistungsempfängerInnen durch Herrn Strege vom Unternehmen Analyse & Konzepte, Hamburg

werden getauscht.

Unter TOP 6.1.1. wird der Nachtrag 15/2728 - Sozialmonitoring um Aspekte ergänzen - Antrag der Fraktion Die Linke – in die Tagesordnung aufgenommen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 03.05.2016

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen der Niederschrift beantragt.

3. Schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft

3.1. Vorstellung des schlüssigen Konzeptes zur Festlegung der angemessenen Kosten der Unterkunft für TransferleistungsempfängerInnen durch Herrn Strege vom Unternehmen Analyse & Konzepte, Hamburg

Herr Strege vom Unternehmen Analyse & Konzepte in Hamburg stellt das Konzept vor und erläutert die Hintergründe.

Sein Büro hat im Auftrag der Stadt Remscheid eine Mietwerterhebung als Basis für das Konzept durchgeführt. Die Grundlage dafür war der § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II, in dem von den „angemessenen“ Kosten der Unterkunft die Rede ist. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff musste genauer definiert werden. Herr Strege erklärt, welche Daten wie ermittelt worden und in das Konzept eingeflossen sind. Das entstandene schlüssige Konzept zur Festlegung der

angemessenen Kosten der Unterkunft für Transferleistungsempfänger soll alle 2 Jahre fortgeschrieben und alle 4 Jahre neu erstellt werden.

Die Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.

Frau Krupp fragt nach, wie die in der Präambel des Konzeptes genannte Vermeidung von Ghattobildung umgesetzt werden soll.

Herr Beinersdorf erklärt, dass eine soziale Segregation vermieden werden sollte.

Herr Strege teilt mit, dass es eine tatsächliche „Ghattobildung“ bereits gibt. In bestimmten Stadtteilen wohnen nur wenige Transferleistungsempfänger, weil dort die Grundmieten entsprechend hoch sind. Eine weitere Verschärfung soll aber vermieden werden.

Herr Schichel möchte wissen, ob das Konzept auch barrierefreie Wohnungen für Behinderte berücksichtigt. Das ist laut Herrn Strege nicht der Fall. Individuelle Bedürfnisse sind in das Konzept nicht eingeflossen.

Beig. Neuhaus und Herr Estrany-Dreßler machen deutlich, dass das Konzept nicht dazu dienen soll, Leistungsbezieher grundsätzlich zu Umzügen zu zwingen, wenn die Grundmiete der aktuellen Wohnung zu hoch ist. Bei den Einzelfallprüfungen werden den Grundmietern z. B. auch Kosten für Umzug und Renovierung gegenübergestellt. Und die gesundheitliche Situation der Betroffenen wird ebenfalls berücksichtigt. Es wird sich wahrscheinlich nur um Einzelfälle handeln, in denen tatsächlich ein Umzug erforderlich wird.

Der Vorsitzende bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

**3.2. Eine unendliche Geschichte? – Wo bleibt das lange angekündigte „Schlüssige Konzept“ für die Kosten der Unterkunft?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.05.2016
Vorlage: 15/2494**

Herr Schmitz ist erfreut, dass das Konzept vier Jahre nach der ersten Antragstellung seiner Fraktion endlich vorliegt. Herr Schmidt fragt nach, warum die Konzepterstellung so lange gedauert hat.

Herr Strege und Herr Estrany-Dreßler erläutern den zeitlichen Ablauf. Das Thema wurde erstmals Ende 2012 aufgegriffen. Danach hat es u. a. diverse Termine mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) gegeben. Außerdem mussten die notwendigen Mittel im Haushalt eingeplant werden. Letztlich konnte die Ausschreibung Anfang 2015 erfolgen und das Unternehmen Analyse Konzepte im Juni 2015 mit der Arbeit beginnen. Da die Stadt Remscheid gleichzeitig die Erstellung eines neuen Mietspiegels beauftragt hat, waren die Arbeiten etwas umfangreicher und haben entsprechend länger gedauert. Laut Herrn Strege konnte das Konzept dann im April 2016 fertiggestellt werden.

Herr Estrany-Dreßler teilt mit, dass für die Fortschreibung bereits Mittel im Haushalt 2017/2018 eingeplant sind.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**3.3. Neufestsetzung angemessener Kosten der Unterkunft für Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger der Rechtskreise SGB II und SGB XII - Vorlage und Vorstellung des Abschlussberichtes zum schlüssigen Konzept von Analyse & Konzepten
Vorlage: 15/2646**

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

4. Vorstellung der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Zentrums (SPZ) durch Herrn Vögeli

Herr Vögeli stellt das Sozialpsychiatrische Zentrum (SPZ) vor, das Hilfen für erwachsene Remscheider Bürger mit psychischen Erkrankungen wie Ängsten, Depressionen, Antriebsarmut usw. anbietet. Es ist eines von 67 Zentren im Rheinland. Das SPZ befindet sich seit 2015 in dem ehemaligen RGA-Gebäude an der Konrad-Adenauer-Straße. Im SPZ arbeiten aktuell 37 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die im Jahr 2015 ca. 600 Patienten ambulant betreut haben. Im SPZ gibt es keine stationären Aufnahmen.

Die Arbeit des SPZ setzt sich u. a. zusammen aus der Beratung und Begleitung von Betroffenen und Angehörigen, Freizeit- und Bewegungsangeboten (z. B. Kegeln, Tanzen, Qi Gong, Kreativgruppen und Ausflügen) sowie Arbeitsmöglichkeiten (z. B. in der Küche, im Café Elling, im Schrebergarten oder in der Werkstatt). Des Weiteren wird ambulantes betreutes Wohnen angeboten und eine Praxis für Ergotherapie.

Das SPZ arbeitet auch in verschiedenen Gremien mit, z. B. der Gesundheitskonferenz, der Reha-Konferenz und dem Behindertenbeirat, am Auf- und Ausbau der psychosozialen Versorgung mit.

Dr. Neveling erklärt, dass es sich bei dem SPZ um einen guten Kooperationspartner handelt. Die psychischen Erkrankungen nehmen aus Gründen wie Reizüberflutung, Überalterung und Vereinsamung, zu.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Vögeli für den Bericht. Er fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses im SPZ abzuhalten. Herr Vögeli hält das für möglich. Es wird daher vereinbart, einen Termin für eine Sitzung im SPZ abzustimmen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

5. Berichte aus den Beiräten

Frau Potthoff berichtet aus dem Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung. Die letzte Sitzung hat am 24.08.2016 stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Themen Haus Cleff und das Bundesteilhabegesetz. Außerdem hat der Beirat im Juli das Freibad Eschbachtal besichtigt und einen Termin mit dem Management des Alleecenters wahrgenommen.

Frau Acker berichtet aus der Sitzung des Seniorenbeirates vom 25.08.2016. Dort ging es u. a. um die Themen Taschengeldbörse, Verwendung der Nahverkehrspauschale und Stadtbau West/Nordsteg.

Beig. Neuhaus hat ebenfalls an dieser Sitzung teilgenommen und ergänzt, dass auch ein Antrag von Herrn Göbert beraten worden ist, in dem es um das Thema Obdachlose ging.

Der Seniorenbeirat hat den Antrag in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen weiterverwiesen. Beig. Neuhaus regt an, eine Schwerpunktsitzung zu diesem Thema durchzuführen.

6. Themenschwerpunkt Arbeit

6.1. Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016 Vorlage: 15/2388

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6.1.1. Sozialmonitoring um Aspekte ergänzen - Antrag der Fraktion Die Linke Vorlage: 15/2728

Herr Beinersdorf erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er ist der Ansicht, dass die Erweiterung des Sozialmonitorings um die im Antrag gelisteten Punkte ohne größeren Aufwand möglich sein müsste, da die Zahlen vorliegen müssten.

Einige Ausschussmitglieder sind dagegen der Meinung, dass nicht alle Informationen ohne größeren Aufwand beschafft werden können.

Herr Schichel schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung ermitteln soll, welche der im Antrag aufgelisteten Punkte ohne großen Aufwand dargestellt werden können. Eine Doppelung mit bestehenden Berichten anderer Institutionen sollte dabei vermieden werden.

Frau Krupp schließt sich dem Vorschlag an und bittet zusätzlich darum, das Format des Sozialmonitorings zu verbessern und den Bericht besser lesbar zu machen.

Beig. Neuhaus sagt zu, dass die Lesbarkeit des Monitorings verbessert werden soll. Außerdem wird sein Dezernat eine Liste erstellen, die Links zu anderen Informationsquellen benennen soll (z. B. Arbeitsagentur).

Herr Beinersdorf kann sich diesen Vorschlägen anschließen und ist mit einer Zurückstellung seines Antrags bis zur nächsten Sitzung einverstanden.

Herr Sill stellt daraufhin folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung zu ermitteln, welche der im Antrag der Fraktion Die Linke aufgelisteten Punkte ohne großen Aufwand dargestellt werden können. Eine Doppelung mit bestehenden Berichten anderer Institutionen sollte dabei vermieden werden. Zusätzlich soll eine Liste erarbeitet werden, die Links zu anderen Institutionen auflistet, die entsprechende Informationen zur Verfügung stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung zu ermitteln, welche der im Antrag der Fraktion Die Linke aufgelisteten Punkte ohne großen Aufwand dargestellt werden kön-

nen. Eine Doppelung mit bestehenden Berichten anderer Institutionen sollte dabei vermieden werden. Zusätzlich soll eine Liste erarbeitet werden, die Links zu anderen Institutionen auflistet, die entsprechende Informationen zur Verfügung stellen.

6.2. Zielvereinbarung 2016 zwischen dem Jobcenter Remscheid, der Agentur für Arbeit Solingen - Wuppertal und der Stadt Remscheid Vorlage: 15/2498

Beig. Neuhaus berichtet, dass mit der Umsetzung der Zielvereinbarung bereits begonnen wurde.

Es wird damit gerechnet, das ambitionierte Ziel in diesem Jahr einhalten zu können. Das Einsparungsziel von 1,2 Millionen Euro ist nach jetziger Schätzung erreichbar, es gibt sogar eine Zielwertüberschreitung in Höhe von derzeit 420.000 Euro aufgrund von Einsparungen im Bereich von Miet- und Heizkosten.

Das Jobcenter Remscheid steht im direkten Vergleich mit 13 anderen Städten bezogen auf die Leistungen nach dem SGB II – Leistungen zum Lebensunterhalt - aktuell auf Platz eins der Liste. Im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung und der Integrationsquote steht das Jobcenter Remscheid auf dem zweiten Platz. Das Jobcenter unterstützt sehr effizient und effektiv die Integrationsprozesse in den ersten Arbeitsmarkt.

Zusätzlich zu den Einsparungen kann in den Jahren 2016 – 2018 mit Zahlungen des Bundes für die Flüchtlinge gerechnet werden, die Leistungen nach dem SGB II beziehen.

Frau Durach erinnert in diesem Zusammenhang an ihre Anfrage aus der Mai-Sitzung. Sie hatte um Auskunft gebeten, wie es um die Ausbildung der weiblichen Flüchtlinge bestellt ist. Die statistischen Zahlen sollten nachgereicht werden. Bis heute liegt nichts vor.

Herr Beinersdorf sieht bei allen positiven Aspekten auch die negativen Seiten der Zielvereinbarung. Die dargestellten Einsparungen werden u. a. durch eine Steigerung der Kundenkontaktdichte erzielt. Das führt zu einer Arbeitsverdichtung und Belastung der Mitarbeiter des Jobcenters. Außerdem regt er an, die eingesparten Mittel z. B. für Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter auszugeben.

Herr Havertz, der stellvertretende Geschäftsführer des Jobcenters, teilt dazu mit, dass die Kundenkontaktdichte im Jobcenter zielgruppenspezifisch ist. Die Anzahl der Kundenkontakte pro Mitarbeiter ist so festgelegt, dass ausreichend Zeit für Vor- und Nacharbeiten verbleibt.

Zur Qualifizierung der Mitarbeiter berichtet Herr Havertz, dass im Jahr 2015 ein Beratungskonzept entwickelt worden ist, auf dessen Grundlage alle Mitarbeiter geschult worden sind und weiterhin geschult werden. Dafür stehen drei Trainer zur Verfügung.

Frau Krupp fragt im Zusammenhang mit Punkt 4 der Zielvereinbarung nach weiteren Informationen in Sachen Mindestlohn und Jugendberufsagentur.

Beig. Neuhaus berichtet, dass die Kooperationsvereinbarung zur Jugendberufsagentur kurz vor dem Abschluss steht und er damit rechnet, diese noch im Jahr 2016 einzurichten.

Zum Thema Mindestlohn erklärt Herr Havertz, dass ihm ein Fall bekannt ist, in dem der Mindestlohn nicht eingehalten worden und der Arbeitgeber daraufhin in Regress genommen worden ist.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

7. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

8. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**8.1. Präventionsprogramm "Jedem Kind alle Chancen"
Vorlage: 15/2468**

Von der Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Beratung Kenntnis genommen.

**8.2. Managementplanung 1. Quartal 2016
Vorlage: 15/2578**

Die Managementplanung 1. Quartal 2016 wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Praxis ohne Grenzen - Mitteilung von Herrn Dr. Neveling

Dr. Neveling teilt mit, dass die Praxis ohne Grenzen gut angenommen wird. Erfreulicherweise konnte zwischenzeitlich auch eine Kooperation mit dem Sana-Klinikum vereinbart werden. Das Klinikum wird notwendige ambulante oder stationäre Operationen kostenlos oder sehr kostengünstig durchführen.

9. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine schriftlichen Berichte der Verwaltung vor.

10. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es wurden keine Vorschläge zur Tagesordnung gemacht.

11. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**11.1. Projektförderung - Hilfen in Wohnungsnotfällen - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 15/2702**

Frau Krupp begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Frau Durach berichtet, dass es bereits vor vielen Jahren unter dem damaligen Sozialdezernenten Halbach einen Arbeitskreis Obdachlose gegeben hat. Dieser wurde aufgelöst, da es keinen Bedarf mehr gab. Sie fragt nach, wie es derzeit mit dem Bedarf aussieht.

Beig. Neuhaus erklärt, dass die Stadt Remscheid strategisch gut aufgestellt ist. Derzeit sind 94 Fälle bekannt, die von dem Thema Obdachlosigkeit betroffen sind.

Herr Schmidt hat Verständnissnachfragen zu Ziffer 1 des Antrags der SPD-Fraktion. Ihm ist die Formulierung zu ungenau.

Beig. Neuhaus schlägt vor, eine Sitzung mit dem Schwerpunktthema Obdachlosigkeit durchzuführen. Zu dieser Sitzung sollte der zuständige Mitarbeiter des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen, Herr Thies, eingeladen werden. Außerdem sollte die Caritas aus Trägersicht zum Thema berichten. Die Sitzung könnte ggf. in den Räumen des Caritasverbandes an der Schüttendelle durchgeführt werden. Dann könnte auch der Antrag der SPD-Fraktion behandelt werden.

Mit diesem Vorschlag sind alle Anwesenden einverstanden.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

12.1. Sachstand Remscheider Tafel - Anfrage von Herrn Beinersdorf

Die Presse hat mehrfach über die schlechte finanzielle Lage des Vereins Remscheider Tafel e. V. berichtet. Herr Beinersdorf fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Beig. Neuhaus informiert darüber, dass der Oberbürgermeister nach Bekanntwerden der Situation sofort alle Beteiligten zu einem Gespräch eingeladen hat. Die eingehenden Spenden reichen nicht aus, um die Personal- und Sachkosten des Vereins zu decken. Inzwischen hat der Verein einen 10-Punkte-Plan aufgestellt, der u. a. eine Reduzierung der Personalkosten vorsieht. Weitere Gespräche sind geplant.

Herr Hilger berichtet, dass er selbst bei der Remscheider Tafel tätig ist. Die Nachfrage ist gestiegen, das Angebot rückläufig. Das liegt auch daran, dass der Lebensmittelhandel inzwischen zu vorgerückter Stunde zu reduzierten Preisen Lebensmittel verkauft, die dann nicht mehr gespendet werden.

Herr Beinersdorf macht deutlich, dass er die Stadt Remscheid in der Pflicht sieht, den Verein zu unterstützen.

12.2. Alleestr. 64 - Anfrage von Herrn Beinersdorf

Herr Beinersdorf teilt mit, dass im zeitgleich tagenden Bauausschuss das Thema Alleestr. 64 behandelt wird. Er bittet darum, auch in diesem Ausschuss kurz dazu zu berichten.

Beig. Neuhaus erklärt, dass seine Zuständigkeit im Rahmen der Heimaufsicht mit Schließung der Alleeresidenz geendet hat. Alle Fragen sind in den Gremien zu behandeln, die aktuell zuständig sind.

12.3. Sachstand Beirat Sana-Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz

Herr Schmitz erinnert an seine Anfrage aus der Mai-Sitzung. Er möchte wissen, ob der Beirat inzwischen wieder tagt.

Beig. Neuhaus erklärt, dass in Kürze ein neuer Geschäftsführer im Klinikum anfangen wird. Das sollte abgewartet werden. Er wird das Thema zu gegebener Zeit bei ihm ansprechen.

Herr Schmitz bittet darum, dass sich der neue Geschäftsführer im Ausschuss vorstellt. Es sei früher gängige Praxis gewesen, dass sich Geschäftsführer oder Chefärzte im Gremium vorgestellt hätten. Er hat den Eindruck, dass sich die Vernetzung zwischen Verwaltung und Klinikum verschlechtert hat.

Frau Seewald bittet darum, auch den Seniorenbeirat wieder in den Beirat des Sana-Klinikums einzubinden. Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass das Klinikums die Mitgliedschaft regelt. Er wird das Thema aber dort ansprechen.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez.

Lothar Sill
Vorsitzender

gez.

Silke Eller
Schriftführerin